

Beilage zu Nummer 142 der Volksstimme.

Dienstag den 20. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 20. Juni 1916.

Rückgriff auf die Konservenvorräte.

Es wird geschrieben: Konserven in Büchsen und in geöffneter Form sind verhältnismäßig noch in bedeutendem Umfang am Markt und bei den Kleinbühlern zu haben. Um zu verhindern, daß die jungen Gemüse, besonders Kohlrabi, Kürbiskohl und Schoten nicht genügend ausgereift und ausgereicht an den Markt kommen, ist nach Möglichkeit für die nächste Zeit noch die Verwendung konservierter Gemüse gegeben. Da die jungen Gemüse ausgereicht und ausgereicht dreifachen Nahrungsmengen liefern wie in der Jetztzeit, und ein jeder, bis zum letzten Verbraucher hinab, darauf besteht, zur Vermehrung der Nahrungsmittelmengen durch die Art und Einleitung seines Verbrauchs beizutragen, so wird dieses Verlangen zu einer vaterländischen Pflicht. Der innere Geschmack des jungen Gemüses darf nicht entscheidend sein. Es wird vielmehr alles darauf ankommen, möglichst umfangreiche Nahrungsmittelmengen heranzuziehen, um in der Zeit über ausreichende Erzeugungsmengen verfügen zu können. Auch für die Gemüsezüchter empfiehlt es sich, sich diesen Grundregeln zu halten.

Wir sind der Meinung, daß man mit den Konserven in Büchsen und in geöffneter Form im Interesse der Volksgesundheit nicht hätte so lange zurückhalten sollen. Die Preise dafür sind übrigens viel zu hoch.

Bezug von Militärrenten.

Auf Antrag des Versorgungsberechtigten ist den aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund einer Kriegsdienstverletzung zu versorgenden Personen, bei denen nach der Art des Versorgungsgrundes ein späteres Verabschieden der Invaliditätsfähigkeit unter 10 vom Hundert nicht zu erwarten ist, eine Verweisung auszustellen, daß ein gänzlicher Fortfall der Rente später nicht mehr eintritt, die Kriegszulage nach nie fortfallen kann. Ist bei Empfängern der Verweisung der Verfall der Verweisungszulage nicht zu erwarten, so ist die Verweisung nach dieser Richtung hin zu ergänzen. Die Rentenliste oder Rentennachliste erhält einen dem Vorstehenden entsprechenden Vermerk in Spalte 10. Für das geschäftliche Verfahren gelten die für die Festsetzung von Versorgungsgebühren maßgebenden Vorschriften. Vorstehendes findet auch auf die bereits erfolgten Rentensfeststellungen Anwendung.

Volksvorstellung im Kgl. Theater. Am Donnerstag den 22. Juni 1916 findet die zweite Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt „Rita Friedrich von Somburg“. Am Freitag den 23. Juni 1916 die 3. Vorstellung. Gegeben wird „Robert und Veronika“. Die Einkassierten zu diesen beiden Vorstellungen werden von Mittwoch den 21. ds., vorwärts ab, im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Ausgabe für Kundenhefte. Bezüglich der Ausgabe der Kundenhefte hat der Magistrat für alle diejenigen, welche nicht an den vorgeschriebenen Tagen die Scheine abgeben, für Mittwoch den 21. Juni besondere Ausgabehefte im oberen Saale der Kornschänke, Schwabacherstraße, vorzulegen. Sodas alle Nachzügler noch einmal Gelegenheit zur Erlangung der Scheine haben.

Bezugsabgabe. Die von dem Stadtkreis Wiesbaden zu entrichtende Bezugsabgabe für 1916 ist auf 299 638 Mark, die des Landkreises Wiesbaden auf 66 302 Mark, die des Rheingaukreises auf 39 635 Mark und die des Untermainkreises auf 16 394 Mark festgesetzt worden. Der Stadtkreis Frankfurt hat 1 245 846 Mark zu zahlen. Am niedrigsten ist die Veranlagung des Obermainkreises und der Kreise Hungen und Wehrburg mit je unter 7000 Mark.

Verbot des Kälberschlachtens. Der Regierungspräsident für den Regierungsbezirk Wiesbaden folgendes angeordnet: „Das Schlachten von Mutterkälbern ist verboten. Ausnahmen von diesem Verbot können aus dringenden wirtschaftlichen Gründen vom Landrat in den Landkreisen, vom Magistrat in den Stadtkreisen zugelassen werden. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Dies Verbot tritt mit dem Tag der Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt (17. Juni 1916) in Kraft.“

Verabschiedung von Waren in Originalpackung auf Lebensmittel. Bei Waren, die in Originalpackung an die Verbraucher abgegeben werden, darf das auf der Lebensmittelliste vorgesehene Gewicht bis zu 25 v. H. überschritten werden. Es darf also z. B. ein 1/2 Pfund Originalpackung auf eine für 1/2 Pfund gültige Nummer oder eine Dose Konserven von 300 Gramm netto Inhalt auf eine für 1/2 Pfund gültige Nummer verkauft werden.

Meldepflicht für Ausländer. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Angehörige verbündeter und neutraler Staaten beim Verlassen ihres Aufenthaltsortes sich sowohl bei ihrer Abreise wie bei ihrer Ankunft bei der Polizeibehörde zu melden haben und diese Meldung auf den Wägen vermerkt sein muß. Personen, die gegen diese Vorschrift verstoßen, machen sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Beförderungszustand vom 4. Juni 1914 strafbar, außerdem sehen sich Zuwiderhandler der Inhaftierung bis zur endgültigen Klärung des Sachverhaltes aus.

Bereine und Versammlungen.

Wiesbaden. Arb.-u. V. Grundsch. Dienstag Probe für Männer- und Frauenchor.
Wiesb. Arb.-u. V. Fortwirts. Mittwoch 1/2 9 Uhr Gesangsstunde.

Aus den umliegenden Kreisen.

Oberkochen, 20. Juni. (Der Leichenfund in Oberkochen.) Die am Montag nachmittag an der Leiche des Schülers Adolf Hagen vorgenommene Untersuchung hat den rätselhaften Tod nicht genau aufgeklärt, ob ein Suizid, wie man allgemein annimmt, vorliegt. Der Gerichtschreiber Dr. Popp hat die einseitige Leichenöffnung zur weiteren Untersuchung mit nach Frankfurt genommen. Von dem Ergebnis dieses Befundes wird es abhängen, in welcher Richtung sich die weiteren Nachforschungen nach der Todesursache zu entwickeln haben. Doch scheint ein Selbstmord ausgeschlossen zu sein, wie uns an zuständiger Stelle mitgeteilt wurde. Aufregung über den traurigen Vorfall hält in der Gegend an.

Reich, 18. Juni. (Diebstehen.) Nachdem kürzlich ein Stall erschossen und drei schwere Hasen gestohlen wurden, schlachteten in der Nacht zum Sonntag Diebe ein Schwein in einem Räume der früheren Gelatinefabrik sogleich ab. Bei dem Hasenbierbier hatte der Dieb noch die Frechheit, einen Hühner junger Tiere mit dem Vermerk: „Ein Jahr zurück!“ großmütig dazulassen. Auch in einem der Gelatinefabrik benachbarten Hofraum wurde in der Sonntagsnacht in der Nähe des Hasenbierbier ein Verdächtiger beobachtet, dann aber verfehlt. Den Schweinedieben ist man auf der Spur. — (Klagen.) Hier wird von den Mehrgern lebhaft Klage darüber geführt, daß die Viehzüchter in Höchst recht ungerecht behandelt wird. Die Stadt Höchst suche sich stets das beste Vieh aus, während die anderen Orte nehmen müssen, was Höchst nicht wollte. Was an dem Gerichte ist, wird hoffentlich die Bürgermeisterei in Höchst aufräumen.

Schneidhain, 20. Juni. (Todesstrafe.) Ein 13jähriger Schüler stürzte beim Herabwerfen von Haus zum Hausboden ab. Er erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod nach kurzer Zeit zur Folge hatte.

Hörsheim, 19. Juni. (Leichenfund.) Aus dem Main wurde durch den Fischer Treber die Leiche des seit einer Woche vermißten 40jährigen Christoff Witter geborgen. Vermutlich ist Witter bei einem epileptischen Anfall in das Wasser gestürzt und ertrunken.

Alspach i. L. 17. Juni. (Fleischkarten.) Endlich, nach langem Drängen und Verarbeiten, wurden hier Fleischkarten eingeführt und damit eine einigermaßen gerechte Verteilung des Fleisches sichergestellt. Am Samstag erstmalig ausgegeben erhielt jede Familie pro Person 100 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst. Nicht unserer Gemeindeverwaltung ist es nun noch, daß die Herren Metzger beauftragt werden, an solche Familien, die mehrmals geschlachtet haben, vorerst keine Wurst zu verabfolgen. Hoffentlich wird dieser Punkt noch eine geeignete Regelung erfahren.

Uffingen, 16. Juni. (Ausfuhrverbot und Erhöhung der Butterpreise.) Als den Umfang des Ausfuhrverbot wurde von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses folgendes bekannt gegeben und die Herren Bürgermeister und Gemeinderäte darauf aufmerksam gemacht, daß die Verordnungen mit aller Strenge zu handhaben sind: 1. Butter und Eier dürfen nur an Einwohner des Kreises, die sich durch Brotkarten, oder an Händler, die sich durch Gewerbescheine ausweisen, abgegeben werden. 2. Der Preis für Landbutter ist auf 2.30 M. per Pfund festgesetzt, für Vollfettbutter 2.40 M. Beim Weiterverkauf durch den Händler darf ein Zuschlag von 20 v. H. per Pfund verlangt werden. Der Preis für ein Pfund Butter, vom Hersteller ins Haus gebracht, darf 10 v. H. nicht übersteigen.

Hannau, 20. Juni. (Schwurgericht.) Die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode nahm heute unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsrats Dr. Eisenmann ihren Anfang. Die erste Sitzung beschäftigte sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit der Anklage gegen die 25jährige Ehefrau Elisabeth Freund, geschiedene Michel, von hier, ihr am 27. Februar d. J. geborenes uneheliches Kind sofort nach der Geburt vorfindig getötet zu haben. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Annahme mildernder Umstände, worauf das Urteil auf zwei Jahre drei Monate Gefängnis festgesetzt wurde. Sechs Wochen der verhängten Untersuchungshaft sollen auf die Strafe angerechnet werden. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Gefängnis beantragt.

Hannau, 20. Juni. (Regelung des Handels mit Gemüse, Zwiebeln, Eiern und Geflügel.) Gemäß Verordnung des Kreisausschusses ist ab 25. Juni d. J. der Verkauf der genannten Artikel nur solchen Händlern und Wiederverkäufern gestattet, die einen vom Landrat in Hannau ausgestellten Erlaubnisschein besitzen. Der Verkauf an Händler oder Veranlässer ohne diesen Erlaubnisschein ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. — (Städtischer Fischverkauf.) Die Stadt verkauft morgen Mittwoch auf dem Markt durch den Fischhändler Sabel, sowie in dessen Laden, Mehrgertstraße 12, Kabeljau im Aufschnitt ohne Abfall, das Pfund zu 1.25 Mark und Portions-Schellfisch, das Pfund zu 90 Pfennig.

Langenselbold, 20. Juni. (Zur Kartoffelversorgung.) Der Bürgermeister gibt bekannt, daß diejenigen Haushaltungen, die bei der letzten Kartoffelabgabe Kartoffeln erhalten haben, bei der nächsten Ausgabe nicht berücksichtigt werden.

Offenbach, 19. Juni. (Museum für Lederverarbeitung.) Zu dem bereits erörterten Plan der Gründung eines Museums für Lederverarbeitung gibt Professor Hugo Oberhardt die Gesichtspunkte bekannt, nach denen das Museum eingerichtet werden soll. Das Museum soll folgende Abteilungen enthalten: Geschichte der Offenbacher Feinlederverarbeitung, dargestellt durch alte Proben, Bilder und Zeichnungen; die Lederindustrie im Wandel der Mode; die Lederindustrie im Weltkrieg; Lederverarbeitung bei außereuropäischen Völkern; der Schuh in Geschichte und Mode; Bucheinbände aus Leder; das Leder in der Industrie, im Haushalt und in der Ostpolitik; Technik der Lederbehandlung in lindenloser Darstellung; der Werdegang des Leders; Werkzeuge zur Lederbearbeitung; der Taschenspiegel in Geschichte und Mode und endlich eine Bücherei. Für das Museum ist bereits ein wertvoller Grundstuck vorhanden. Schließlich wünscht Professor Oberhardt für Offenbach eine alljährlich stattfindende mehrstägige Leder- und Portefeuille-Weltausstellung, in deren Mittelpunkt das Museum stehen soll.

Darmstadt, 20. Juni. (Wucher mit Kirchen.) Vielfache Klagen über unverschämte Wucherpreise für Kirchen, teils durch die Vermehrung selbst, teils durch die Händler, werden immer lauter geführt. Während einzelne Käufer in anständiger Weise mit dem Preis von 30 Pfennig für das Pfund sich zufrieden geben, fordern und erhalten andere Ausbeuter der Verhältnisse bis 60 und 80 Pfennig, selbst bei Abgabe ganzer Körbe. Es ist diesach unverständlich, warum unsere maßgebende Stelle nicht alsbald einen Höchstpreis mit beständigem Ausfuhrverbot für dieses wichtige Nahrungsmittel festsetzt, ehe es wieder, wie leider so oft, zu spät ist; denn auch die Händler nehmen einen unglaublich hohen Verdienst.

Darmstadt, 19. Juni. (Der Kaffeediebstahl im Gustavsbürger Hofen.) Im März d. J. der damals wegen seiner Dreistigkeit, mit der er ausgeführt wurde, da der Kaffee militärisch bewacht war, großes Aufsehen erregte, stand heute vor der hiesigen Strafkammer zur Aburteilung. Angeklagt sind die vorbestraften Gelegenheitsarbeiter Anton Anspach und Vol. Barth, beide etwa 45 Jahre alt und aus Koblheim bei Mainz. Mit einem Kaffee führten sie in dunkler Nacht an den Hofschuppen, in dem etwa 700 Sack Kaffee, die mit der Bahn verladen werden sollten, lagerten, offen, durch ihre eigene Mithilfe bei den Arbeiten mit den Verhältnissen bekannt, die Tür mit einem Latenzsack und schoben mit vier vollen Kaffee im Werte von etwa 2000 Mark davon. Auch auf dem Rückweg wurden sie nicht durch die militärische Wache entdeckt; doch fiel der Kaffee einem Wächter auf, der die Wächterbrückenposten durch den Fernsprecher herbeirief. Durch einen Schreck wurden die Diebe zum Fallen gebracht; sie warfen aber die Säcke in das Wasser, wo nur einer wieder gehoben werden konnte. Barth als Anführer wurde zu einem Jahr sechs Monaten, Anspach zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ober-Ingelheim, 19. Juni. (Der Krieg...) In einem Anfall von Verfolgungswahn versuchte eine Kriegswitwe ihre 13jährige Tochter im Schloß zu erdrosseln. Das Mädchen konnte sich jedoch mit Hilfe einer Verwandten aus der Umklammerung der unglücklichen Mutter losmachen. Diese schnitt sich darauf die Pulsadern auf, konnte aber rechtzeitig gerettet und dem Krankenhaus zugeführt werden.

Aus Frankfurt a. M.

Die Fleischverteilung im Großen und Kleinen.

Die Gemeindeväter von Frankfurt a. M. halten heute wiederum eine Sitzung ab, in der hoffentlich das völlige Versagen der Lebensmittelversorgung den Deputierten des Lebensmittelausschusses zu Gemüte geführt wird. Damit wir nicht sagen wollen, daß wieder stundenlange Besprechungen gehalten werden sollen; das Gegenteil ist allgemeiner Wunsch. Es ist schon lange Zeit zum Handeln und die Herren Stadtväter sollten einmal aus ihrer Devotionalstellung heraustreten und den Deputierten des Lebensmittelausschusses in kurzen Worten andeuten lassen, daß wenn sie aus verschiedenen Umständen heraus sich nicht für fähig und geeignet erachten, eine stoffe Organisation im Interesse der Allgemeinheit durchzuführen, sie abtreten und Männern Platz machen sollen, die gewillt sind, den Eßstern der Klauen-, „alten Kunden-“ und Händlerinteressenwirtschaft energisch auf den Leib zu rücken. Herr Stadtrat Medbach a. V. geht dem offenbar mit der Absicht aus dem Wege und wer die Zusammenhänge kennt, begreift auch warum. Wenn heute eine fast unentzerrliche Teuerung herrscht, die die Volksmassen tief aufwühlt, so ist daran weniger ein absoluter Mangel an Lebensmitteln schuld. Die Not wäre erträglicher, wenn die Vorräte nach den vorhandenen Bedürfnissen räumlich verteilt und der Konsum pro Kopf der Bevölkerung — ob reich oder arm — geregelt würde. Das wäre allerdings ein Eingriff in die Grundlagen der bürgerlichen Wirtschaft, der freien Konkurrenz und der freien Verfügung über das Privateigentum; wenn die Beschlagnahme streng durchgeführt werden sollte. Aber, der Ariea hat manch alte Tradition gestützt, worum muß in Zeiten höchster Not und Sorge an den allgemeinen „kaufmännischen“ Gepflogenheiten krampfhaft festgehalten werden. Warum? Weil dieses System die Basis der bürgerlichen Gesellschaft ist, weil damit das Wesen kapitalistischer Wirtschaft verankert ist. Und als treue Sachwalter der bürgerlichen Gesellschaft können und wollen die Herren Deputierten vom Lebensmittelausschuss nicht aus ihrer Haut heraus, lieber lassen sie weiter die Teuerung am Mark des arbeitenden Volkes stehen. Daß dies Beginnen gerade im Sinne der heutigen Volkswirtschaft durchaus rückwärtig ist und nicht im Interesse der Selbsterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft liegt, werden die kommenden Reiten lehren.

Ueber die ungerechte Verteilung der Fleisch- und Wurstvorräte durch die Metzger haben wir in den letzten Tagen genügend Stimmen aus dem Publikum veröffentlicht. Ob sie „oben“ gehört wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Viel wäre dazu noch mitzuteilen, doch soll genügen, gerade heute, am Tage der Stadtverordnetenversammlung, erneut festzustellen, daß wiederum am Sonntag morgen, und zwar zu derselben Zeit, wo vorn die geschlossenen Metzgerläden von wartenden Frauen belagert waren, die Metzgerbüchsen mit vollgeladenen Fleischmulden zur Hintertür hinaus auf die Straße, schwangen, um im Westendviertel auszuverpacken. Und dem Herrn Oberbürgermeister können wir — weil er es nicht zu glauben vermag — Metzgermeister nennen, die ihm, wenn er einen Verpflichtungsschein unterschreibt, auch nach dem Kriege das Fleisch dort zu kaufen, regelmäßig 3 Pfund Fleisch garantieren.

Die Versorgung in der Fleischverteilung geschieht aber schon im Großen, und zwar im städtischen Schlachthof. Hier wachen Gebieter, Annuna, Viehmarktbank und Verteilungskommission ihres Amtes. Bei der Verteilung der Viehrationen geht der Schwindel schon an. Zunächst bedenken sich die großen Metzger ein, also diejenigen, die als Kundschaff große Wirtschaftsbetriebe und Westendbürger haben. Kein Wunder, daß man in den besseren Speisewirtschaften auf der Karte noch allerhand Lederbissen zu verhältnismäßig annehmbaren Preisen erhalten kann. Die kleinen Metzger bekommen nach langem Warten im Schlachthof ein Stück Vieh zugeteilt, an Auslese ist nicht zu denken. Und so kommt es, daß Metzger, trotz dem allgemeinen Viehmangel, heute genau noch soviel Kälber erhalten, wie zu Friedenszeiten, weil sie einen guten Gebatter im Annunabstand oder in der Schlachthoffkommission haben. Am letzten Freitag a. V. bekamen Annunab Metzger mit „besseren“ Kundschaff 6 Kälber, während die kleinen Metzger und die der Vororte — wir greifen Eschersheim heraus — nur 1 Kälber erhielten. Besonders die Inspektoren — voran Herr Kessler — sollten bei der Verteilung des Viehs mehr Gerechtigkeitssinn bekunden; es schadet gar nichts, wenn auch mal ein großer Metzger ein knochiges Kalb zugeteilt erhält. Wenn die Versorgung im Schlachthof nicht unterbunden wird, kann an eine Besserung im Detailverkauf vorläufig nicht gedacht werden. Es gilt, die Blockade des inneren Marktes durch die Reichen zu beseitigen! Wenn fortgesetzt Gemeinssinn gepredigt wird, die Besitzenden aber nichts von dem Druck verspüren, den die schlechte Organisation der Lebensmittelverteilung erzeugt, wenn sie den Druck durch rücksichtslose Aufkäufe von sich abwälzen, und die Gemeindeväter nicht dem Treiben weiterhin offenen Auges zu, dann stempelt man den Gemeinssinn zur Blase. Und dann hat die breite Masse der Bevölkerung auch kein Interesse mehr daran, mit Rücksicht auf den Gemeinssinn zu hungern und zu darben. Das mögen die Herren Stadtväter und besonders die Deputierten des städt. Lebensmittelausschusses sich gerade heute gesagt sein lassen. Sollen noch weiter die Interessen der Händler und Besitzenden von den Vertretern der liberalen Parteien geschützt werden, dann aut. Ein längeres Sumarten ist aber vom Uebel!

Interpellation zur Fleischversorgung.

Die Sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion richtet an den Magistrat in der heutigen Stadtverordnetenversammlung nachstehende dringliche Anfrage:

Wie gedenkt der Magistrat seinem und dem ausgesprochenen Willen der Stadtverordneten-Versammlung Beachtung zu verschaffen, eine möglichst gleichmäßige Zuteilung der Frankfurt zur Verfügung stehenden Fleischmengen auf den Kopf der Bevölkerung als vorläufige Maßregel bis zur endgültigen Durchführung der vorgesehenen Rationierung herbeizuführen, nachdem sich am Samstag gezeigt hat, daß ein Teil der Metzger die erlassenen Bestimmungen umgeht?

Die Neuordnung des Fleisch- und Eierverkaufs.

Wie bereits mitgeteilt, hat sich in der Zeit von Mittwoch den 21. bis einschließlich Montag den 26. Juni 1916 jeder Haushaltungsvorstand oder dessen Stellvertreter bei einer amtlich zugelassenen Verkaufsstelle für Fleisch bzw. Eier in die Kundenliste eintragen zu lassen. Die Verkaufsstellen sind durch Aushang eines Plakates mit der Nummer der betreffenden Stelle kenntlich gemacht. Damit jeder Verbraucher weiß, wie er sich zu verhalten hat, sei hiermit nochmals kurz das Verfahren der Anmeldung und Eintragung erklärt:

1. Die Bezugskarte. Die Bezugskarte für Fleisch und Eier, welche ausnahmsweise bereits Mittwoch vormittag von 9 Uhr ab ausgegeben werden, sind auf der zuständigen Proffommission abzuholen.

2. Eintragung in die Kundenliste der Verkaufsstellen. Mit der Bezugskarte, in welche Namen und Adresse von dem Haushaltungsvorstand einzutragen sind, begeben man sich zu je einem beliebigen gewählten Rinder- und Schweine Metzger, oder zu einem Metzger, der alle Fleischsorten führt, sowie zu einer Verkaufsstelle für Eier und lasse sich dort in die Kundenliste eintragen. Die Verkaufsstelle selbst trägt ihre Firma und ihre Nummer sowie die laufende Nummer der Kundenliste in die Bezugskarte ein, und hat dieselbe dann dem Kunden zurückzugeben. Es wird hierbei besonders darauf hingewiesen, daß die Verkaufsstellen jeden Verbraucher, der sich bei ihnen meldet, aufnehmen müssen, solange die festgesetzte Höchstzahl von 800 Kunden nicht erreicht ist. Die Eintragung darf bei allen Stellen erst am Mittwoch vormittag beginnen, etwa vorher aufgestellte Kundenlisten sind ungültig. Die Höchstzahl von 800 Kunden ist so berechnet, daß jedermann leicht eine für ihn geeignete Verkaufsstelle finden kann. Sollte trotzdem ein Haushaltungsvorstand bei einer für ihn geeigneten Stelle nicht mehr eingetragen werden können, so hat er sich, soweit es sich um Fleisch handelt, bei der städtischen Fleischverkaufsstelle, Deutschherrnkaai 38-42, soweit es sich um Eier handelt, bei dem Lebensmittelamt, Eier- und Butterabteilung, Mainkai 53, zu melden.

3. Rituelle Metzger. Wer aus religiösen Gründen kein Schweinefleisch beziehen will, hat sich nur bei einem rituellen Rindsmetzger eintragen zu lassen. Bei der Zuteilung des Fleisches an die rituellen Metzger wird hierfür in geeigneter Weise ein Ausgleich stattfinden.

4. Verkauf. Sobald die von den Verkaufsstellen dem Lebensmittelamt eingereichten Listen bearbeitet sind, wird der Magistrat bestimmen, wann der Verkauf nach dem neuen Verfahren beginnen soll.

5. Aufhebung der bisherigen Verkaufsstellen für „städtisches Schweinefleisch“. Die Kundenlisten bei den derzeitigen sogenannten städt. Schweine Metzger werden mit dem Tag hinfällig, an dem der Verkauf nach der neuen Verordnung beginnt. Wer also jetzt bei einem städtischen Schweine Metzger in die Kundenliste eingetragen ist, hat sich neu auf Grund der neuen Fleisch- und Eierbezugskarte bei einem beliebigen Metzger eintragen zu lassen.

Die „Frankfurter Zeitung“ und der Wucher.

Wie wir bereits am Samstag berichteten, hat unsere Behörde einer hiesigen Firma der Lebensmittelbranche wegen eines schwindelhaften Angebots an die Marineintendantur in Kiel gehörig auf die Finger geklopft. Die Firma hatte, ohne auch nur ein Pfund der fraglichen Ware zu besitzen, sich zur Lieferung von jedem Quantum fetten Speck, Vorderfleisch, Hinterfleisch und frischer Meiereibutter empfohlen.

Das Vorgehen der Behörde, dem jeder beipflichten muß, hat es wirklich ernst mit der Bekämpfung des Wuchers, hat bei der „Frankf. Zeitung“ keine Freude erweckt. In etwas gewundenen Ausführungen kommt sie zu dem Schluß, daß es doch keine Bedenken habe, die Branchefirmen „von jedem nicht ganz präzise stilisierten Angebot abzusprechen.“ In weiten Volkschichten hat man für diese „Stilisierung“, wie die „Frankf. Zeitung“ behauptend das Wort Schwindel umschreibt, kein Verständnis. Der jetzt bekämpfte Schiebelhandel beruht gerade darauf, daß Ware angeboten wird, die der betreffende (wie im vorliegenden Falle) gar nicht besitzt. Dabei ist es uninteressant ganz gleich, ob eine größere Branchefirma oder sonst jemand die Schiebelung vornimmt.

Bezeichnend ist es aber für die Moral der „Frankf. Ztg.“, daß sie sich schlingend vor eine große Firma stellt. Man kann doch heute niemand mehr weismachen, daß der Wucher nur von den Kleinen getrieben wird. Wir glauben im Gegenteil, daß man gerade das Uebel bei der Wurzel packt, wenn man oben anfängt.

Das Verbrechen auf der Schönen Aussicht.

Die Verhandlung.

Aus dem Verhör des Angeklagten Kirchner ergab sich, daß der ältere Mörder die „Seele des Unternehmers“ gewesen war. Mörder pflegte bei Kirchner zu nächtigen, weil er wegen seiner Diebstahlsstrafe mit seinem Vater nicht mehr einig war. Geld mußte er, war seine Parole. Kirchner, der vorher als Bergmann in Offen beschäftigt war, konnte nach seiner Angabe keine regelmäßige Arbeit finden, weil er zur Infanterie ausgehoben war. Er werde ja doch bald eingezogen, wurde ihm entgegengehalten, wenn er sich um Arbeit bemüht. Als Haymann auf der Erde lag, sagte Kirchner zu ihm: „Sei doch nur ruhig, wir tun dir ja nichts!“ Haymann habe sich noch mit Händen und Füßen gerührt, als sie wegtrugen, sie hätten daher wohl annehmen können, daß er sich das Tuch aus dem Munde ziehen würde. Auch hätten sie an Aufzählung durch die Nase gedacht. Nach der Tat liefen sie kreuz und quer nach Wodenheim in die Wohnung Kirchners. Unterwegs meinte Mörder, das hätte er nicht geglaubt, daß sich der alte Mann so wehren würde, und Kirchner erwiderte, ein Mord sei doch nichts, das sei zu gefährlich. Am anderen Morgen ließ ihnen das böse Gewissen keine Ruhe. Schon um halb 7 Uhr waren sie auf den

Reinen, und bald hörten sie murren. Haymann sei tot. Sie wollten es aber nicht glauben, bis dann die Zeitungen erschienen. Kirchner richtete sich jetzt auf seine Verhaftung ein. Er hatte das Gefühl, jeder, der ihn ansehe, sehe ihn als Mörder an. Nach seiner Verhaftung legte er sofort freiwillig ein Geständnis ab. Er sagte auch der Polizei, daß sie den Mörder in Friesland finden werde, wo dieser am Tage nach der Tat seine Diebstahlsstrafe angetreten hatte.

In der Beweisaufnahme sollte auch der ältere Mörder als Zeuge vernommen werden, er gab aber keine Antwort. Als Sachverständige wurden der stellvertretende Gerichtsarzt Sanitätsrat Dr. Grünwald, der Kreisarzt Dr. Weener und Dr. Sieber vom Dr. Poppischen Chemischen Institut vernommen. Die Verze gaben ihr Gutachten dahin ab, daß der Tod des Haymann durch das Hineinstechen des Taschentuches in den Mund und des Zahnersatzstückes in den Schlund verursacht worden sei, und daß die Bewegungen, die Kirchner beim Verlassen seines Opfers beobachtet, schon die letzten Todesbewegungen waren.

Staatsanwaltschaftsrat Vertog betonte in seiner Anklage, daß es zur Verurteilung der Frage aus § 251 nicht erforderlich sei, daß der Erfolg des Todes vom Täter beabsichtigt war oder auch nur vorausgesehen werden konnte.

Rechtsanwalt Dr. Singheim, der Verteidiger des Angeklagten Kirchner, war einverstanden damit, daß die Fragen nach Raub und nach dem erscheinenden Moment des Einschleppens zur Rechtzeitigkeit bejaht würden, nicht aber mit der Verurteilung der weiteren Frage aus § 251. Der Tod des Haymann sei durch das Hineinstechen des Tuches in den Mund verursacht worden. Dieses Hineinstechen aber geschah, nachdem schon gestohlen, der Raub also schon vollendet war. Der Ankel war nicht mehr ein Mittel zum Stehlen, sondern ein Mittel zur Ermöglichung ungehinderter Flucht. Die Anwendung des § 251 aber setze voraus, daß die Gewalt, durch die der Tod verursacht wurde, „bei dem Raube“ geübt wurde. Für den Fall der Verneinung dieser Frage ersuchte der Verteidiger um Billigung mildernder Umstände für seinen Klienten, der nach dem frühen Tod seiner Eltern von seinem 14. Lebensjahre auf sich selbst gestellt war und sich selbst sein Brot verdienen mußte, zu einer Zeit, „wo wir noch spielen und lustig machen“.

Rechtsanwalt Dr. Jessel bezweifelte, daß sein Klient, der damals noch nicht 16jährige Mörder (von Beruf Maschinenschlosser) die erforderliche Einsicht besessen habe.

Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen, infolge der Frage aus § 251 und der Frage nach der Einsicht des Mörder. Die Frage nach mildernden Umständen kam dadurch in Wegfall. Das Urteil lautete für Kirchner auf 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, für Mörder auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis.

Amerikanisches Schweinefleisch. Von Mittwoch den 21. Juni ab gelangt in den amtlichen Futterabgabestellen prima amerikanisches Schweinefleisch zur einmaligen Ausgabe. Auf den Kopf der Bevölkerung werden 50 Gramm Schweinefleisch zum Preise von 2.50 Mark das Pfund verabreicht, so daß sich 50 Gramm auf 64 Pfg. stellen. Die Futterabgabestellen haben auf je 50 Gramm eine Nummer unter Speisekarte auf der Lebensmittelliste A zu entwerfen; außerdem haben sie auf dem Aufdruck „Speisekarte aller Art“ einen Stempel (entweder Firmen- oder Nummerstempel) aufzudrucken, damit auf die gleiche Karte Schmalz nicht doppelt verabreicht wird.

Fasendiebstahl. In der Sonntagsnacht wurden in den Aieingärten des Kuchwaldes zahlreiche Gartenhäuschen erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Unter dem Diebstahl befinden sich auch zahlreiche sehr wertvolle Kaninchen. Als Täter kommen drei junge Burschen in Frage.

Aus der Partei.

Teltow-Beestow.

Am Sonntag sollte in Berlin die Kreisgeneralversammlung für Teltow-Beestow, dem Wahlkreis Ruheiß, abgehalten werden. Es waren auch Delegierte der Vereine Neukölln und Lichterfelde erschienen; dazu gab der Kreisvorstand die Erklärung ab: „Mit dem Wahlkreis Neukölln werde wegen seines die Beitragsperiode betreffenden Beschlusses verhandelt, die Rücknahme des Beschlusses könne vielleicht das Ergebnis der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen sein. Gegen die Zulassung der Neuköllner Delegierten wolle der Vorstand deshalb seinen Einspruch erheben. Anders sei es mit den Lichterfelder Genossen. Sie hätten ihren Beschluß, dem Vorstande die Beiträge zu sperren, durch eine Erklärung im „Vorwärts“ aufrechterhalten und sich dadurch außerhalb der Organisation gestellt. Deshalb könnten die Lichterfelder Delegierten zur Generalversammlung nicht zugelassen werden.“

Der „Vorwärts“ berichtet weiter: „Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, über die Erklärung des Vorstandes zur Tagesordnung überzugehen. Hierauf verlas der Vorsitzende Thurow eine Erklärung, welche in der Hauptsache besaß: Da durch die Lichterfelder Delegierten Sitz und Stimme in der Generalversammlung gegeben sei, habe diese eine statutenwidrige Zusammensetzung erhalten. Alle Beschlüsse, welche diese Versammlung fassen würde, seien nach dem Statut unanfällig. Eine statutenwidrige Generalversammlung abzuhalten, sei der Vorstand nicht in der Lage, er erkläre deshalb die Versammlung für geschlossen. Die Genossen Thurow, Böcke, Pögel, Groener verließen hierauf den Vorstandsaal und den Saal. Ihnen folgte Genosse Ernst, der den Vorstandsvorsitz vertrat, sowie eine kleine Anzahl von Delegierten. Die Versammlung tagte nun unter einer von ihr gewählten Leitung weiter.“

Nach längerer Diskussion wurde gegen 11 Stimmen beschlossen: Die Generalversammlung enthebt den alten Kreisvorstand seines Amtes und wählt einen provisorischen Gesamtvorstand. Dieser wird beauftragt, schleunigst eine neue Kreisgeneralversammlung einzuberufen und bis zu deren Entscheidung alle Geschäfte des Kreises statutengemäß zu führen.“

Obgleich also durch die nur provisorische Wahl des Vorstandes ausgedrückt ist, daß also die Dinge noch in der Schwebe sind, wurden weiter die Wahlen zur Provisorischen Gesamtkommission um. vollzogen und für die Wahl des Großberliner Vertreters in den Parteiausschuß Rosa Luxemburg vorgeschlagen.

Mutige englische Priester.

Die „Corf Free Press“ vom 3. Juni meldet: Der Oberstkommandierende der englischen Truppen in Dublin, General Maxwell, hat sich bei dem Bischof von Dimerid, Dr. O'Dwyer über zwei Priester seiner Diözese bedankt, von denen der eine zum Eintritt in das Meer der irischen Freiwilligen aufgerufen hat, der andere die Forderung der Freiwilligen unterstützt hat. Der General verlangt von dem Bischof die Versicherung, daß die beiden Priester, darauf hat der Bischof am 17. Mai folgenden Brief geschrieben:

„Ich habe Ihre Befehlsbefehle gegen die beiden Priester sofortigst befolgt. Ich kann aber darin keinen Grund für ein disziplinäres Vorgehen meinerseits entdecken. Beide sind ausgezeichnete Priester; sie sind zwar ausgesprochen nationalistisch ge-

sinnt, aber ich kann nicht finden, daß sie irgend ein Bürgerliches oder kirchliches Gesetz verletzt haben. In Ihrem Briefe vom 4. dieses Monats haben Sie sich an mich mit der Bitte gewandt, Ihnen in ihrer Arbeit als militärischer Diktator von Irland behilflich zu sein. Selbst wenn nicht die Handlung dieser Art meine Befugnisse überschreite, so würden es doch die Ereignisse der letzten Wochen für mich völlig unmöglich machen, in irgendeiner Weise an Vorgesetzten teilzunehmen, die als ungeschult und drückende Grausamkeit ansehe. Sie werden sich auf den Einfall von Jameson in Transvaal besinnen, wo eine Anzahl von Räufern in einem befreundeten Staat einfiel und gegen die Truppen der rechtmäßigen Regierung kämpfte. Wenn jemals irgend jemand die Todesstrafe verdient hat, so waren es es. Aber offizieller und inoffizieller Einfluß der britischen Regierung wurden aufgebracht, um sie zu retten und es gelang. Sie dagegen haben dafür gesorgt, daß keine Bitte um Gnade für die armen jungen Menschen, die sich Ihnen in Dublin ergaben, gehört werden konnte; die erste Nachricht, die wir von ihrem Schicksal erhielten, war die Mitteilung, daß sie kalten Blutes erschossen worden sind. Ich persönlich betrachte Ihre Handlungsweise mit Entsetzen, und ich glaube auch, daß Sie das Gewissen des Landes empört hat. Weiter scheint Ihre Maßregel, Hunderte, ja Tausende armer Leute ohne irgendwelche Art von Gerichtsverhandlung zu deportieren, mir ein ebenso sinnlos wie willkürlicher Mißbrauch Ihrer Macht zu sein, und im ganzen ist Ihre Herrschaft eines der schlimmsten und schwarzesten Kapitel in der Geschichte der Regierung dieses Landes gewesen. Ich habe die Ehre zu sein

Ihr gehorhamter Diener
Edward Thomas, Bischof von Dimerid.

Wenn doch auch in Deutschland die Diener der Kirche endlich diesen Mut und die Kraft gewonnen, nötigenfalls gegen Willkürlichkeiten und Grausamkeiten so aufzutreten!

Telegramme.

Italienischer Tagesbericht.

Rom, 20. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlicher Kriegsbericht vom Montag. Die Schlacht dauert erbittert auf der Hochfläche Sieben Gemeinden an. Südwestlich Anago erneuerte der Gegner seine Anstrengungen gegen unsere Stellungen. Nordöstlich schreitet unser Gegenangriff kräftig vorwärts. Am gestrigen Morgen erneuerten starke feindliche Abteilungen nach heftigem Artilleriefeuer ihre Angriffe gegen einen Teil der Front zwischen dem Monte Magnaboschi und Boscon, sie wurden jedoch jedesmal mit starken Verlusten zurückgeschlagen. Es folgte eine kräftige Weichung aus zahlreichen feindlichen Batterien aller Kaliber, trotzdem hielten unsere Truppen die Linie zwischen dem Monte Magnaboschi und Boscon fest in der Hand. Nordöstlich des Franzosales verdrängte der Feind gestern an mehreren Punkten unseren Druck durch Gegenangriffe abzuweichen, die jedoch überall abgewiesen wurden. Unsere Truppen setzten ihren langsamen aber sicheren Vormarsch fort; die größten Fortschritte wurden auf dem rechten Flügel erzielt, wo Abteilungen Alpini, die sich schon am vorhergehenden Tage ausgezeichnet, den Kamm Jodora eroberten, wobei sie etwa 100 Gefangene machten und zwei Maschinengewehre erbeuteten. An der übrigen Front Artilleriekämpfe. gez. Cadorna.

Das englisch-amerikanische Verhältnis.

Hamburg, 20. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird aus New Yorker Schiffahrtkreisen berichtet, daß in letzter Zeit die Einkäufe der englischen Regierung in Amerika von fast allen für die Industrie und die Munitionsherstellung nötigen Rohstoffen einen auffallend großen Umfang annehmen. In Zusammenhang damit behauptet man, daß von englischer Seite alles versucht wird, die in Amerika irgendwie verfügbaren Schiffahrtsräume zu „lockern“, damit eine schleunige Beförderung aller Rohstoffe von Amerika nach England sichergestellt werden kann. Nicht nur in Schiffahrtkreisen, sondern auch in maßgebenden industriellen Kreisen Amerikas werden diese Bestrebungen der englischen Regierung dahin ausgelegt, daß sich England für den Rest der Kriegsdauer um jeden Preis wirtschaftlich unabhängig von Amerika machen möchte, damit sich die englische Regierung für den Fall eines energischen Auftretens der Vereinigten Staaten nicht im geringsten gebunden zu fühlen braucht. Man scheint in England mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die kommende Präsidentenwahl in Amerika zu ungunsten der englischen Interessen ausfallen könnte und England dann nicht mehr auf die bisherige umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung Amerikas rechnen darf. Wie in New York verlautet, ist man im Weißen Hause in Washington gegen diese eigenartigen charakteristischen englischen Bestrebungen keineswegs gleichgültig. Denn erstens werde damit sein großes Vertrauen auf den Sieg der Wilsonschen Partei bedroht und zweitens wäre es der Wilsonschen Regierung selbst für den Fall eines für sie günstigen Wahlergebnisses nicht erwünscht, sich des wirtschaftlichen Trudels berauben zu sehen, der die einzige Waffe gegen die englische Willkür sei. Fernschiffahrt verleiht jetzt auch Wilson mit allmählich wahrnehmbarer Entschlossenheit den Wilsonschen Regierung, die Freiheit des amerikanischen Handels und der amerikanischen Industrie gegen jeden kriegführenden Staat ohne Ausnahme in Schutz zu nehmen. Diesem Vorhaben kann er aber nur dann nachkommen, wenn er in der Lage ist, auch seinen in dieser Beziehung an England zu stellenden Anforderungen den nötigen Nachdruck zu geben. Man ist sich in New York völlig bewußt, daß die Aussichten Amerikas, seine Rechte geschützt zu sehen, sich im gleichen Verhältnis vermindern würde, wie England in der Lage ist, sich von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich unabhängig zu machen.

Alkoholbekämpfung in Norwegen.

Kristiania, 19. Juni. (W. B. Nichtamtlich.) Der Staatsrat hat eine Gesetzesvorlage eingebracht betreffend die pflichtgemäße Enthaltung während des Dienstes für gewöhnlich befristete Personen. Das Gesetz verpflichtet Militärvorwachen, Offiziere und Mannschaften, während des Dienstes und sechs Stunden vorher zur Enthaltung von alkoholischen Getränken. Weiter umfaßt die Gesetzesvorlage Maßnahmen zur Beförderung Eisenbahnbeamter, Straßenbahn- und Kraftwagenführer. Dem König wird die Ausdehnung des Gesetzes auf die Offiziere und Mannschaften der Volksschiffe anheimgegeben. Das Gesetz bestimmt, was als Dienst auszufallen ist, und setzt Geldstrafen und Gefängnisstrafen für Übertretungen fest.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Mittwoch, 21. Juni, 7 Uhr: „Holenblut“.
Donnerstag, 22. Juni, 7 Uhr: „Brigade Friedrich von Gumburg“.
Freitag, 23. Juni, 7 Uhr: „Robert und Bertram“.
Samstag, 24. Juni, 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“.
Sonntag, 25. Juni, 7 Uhr: „Tannhäuser“.
Montag, 26. Juni, 7 Uhr: „Die Hugenotten“.
Dienstag, 27. Juni, 7 Uhr: „Margarete“.
Mittwoch, 28. Juni, 7 Uhr: „Die Abreise“. „Der Barbier“.
Donnerstag, 29. Juni, 7 Uhr: „Rasputin“.
Freitag, 30. Juni, 7 Uhr: „Graf Waldemar“.